



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 13. Februar 2019 – Auszug aus Drucksache 18/353 –

Frage Nummer 14

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Volkmar
Halbleib**
(SPD)

Bezugnehmend auf die Berichterstattung der „Main-Post“ vom 16.03.2018 („Konferenz dringend erforderlich“), wonach sich die Abgeordneten Oliver Jörg und Manfred Ländner mit Staatssekretär Gerhard Eck, einig seien, dass die Ortsumgehung Rimpar im Zusammenhang mit einer Verkehrsentslastung der Stadt Würzburg und den überregionalen Verbindungen von B 27 und B 19, A 7 und B 8 gesehen werden muss, dass eine Verkehrskonferenz „Würzburger Norden“ gebildet und Verkehrslösungen für diesen erarbeitet werden müssen, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Verkehrsbelastung für die Orte Maidbronn, Rimpar, Güntersleben, Veitshöchheim sowie die Würzburger Stadtteile Grombühl und Oberdürrbach im Hinblick auf den örtlichen und überörtlichen Verkehr einschätzt und welche Schritte und Maßnahmen die Staatsregierung bisher zur Erarbeitung von Verkehrslösungen im Würzburger Norden beziehungsweise zur Einberufung einer Verkehrskonferenz konkret unternommen hat?

Antwort des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

Sowohl die Kreisstraßen in den Ortschaften Maidbronn, Rimpar, Güntersleben und Veitshöchheim als auch die Staatsstraße in Rimpar sind im Vergleich zum unterfränkischen Kreisstraßendurchschnitt (1.362 Kfz pro Tag) beziehungsweise Staatsstraßendurchschnitt (3.449 Kfz pro Tag) überdurchschnittlich belastet.

Der Landkreis Würzburg verwaltet im Rahmen des eigenen Wirkungskreises seine Kreisstraßen selbst. Die kommunale Selbstverwaltung respektierend, hat und wird die Staatsregierung in die kommunale Straßenplanung nicht eingreifen.

Im 7. Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern ist seit dem Jahr 2011 das Straßenbauprojekt „St 2294, Ausbau südlich Rimpar“ enthalten. Im Jahr 2018 mit dem Bau begonnen, wird das Projekt im Jahr 2019 baulich abgeschlossen.